

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	57. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	21.01.2014 2013/0250 18 öffentlich Dez. 4
SPD-Gemeinderatsfraktion vom: 19.11.2013 eingegangen: 20.11.2013		
Gästepaket für Besucherinnen und Besucher aus Partnerstädten		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung empfiehlt, den Vorschlag aufzugreifen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
derzeit noch nicht bezifferbar					
Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Die KMK, Geschäftsbereich Tourismus, befürwortet es, für die Partnerstädte einen speziellen Anreiz bzw. ein spezielles Produkt zu schaffen, und ist bereit, dieses Vorhaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Daher soll unter Federführung des Geschäftsbereichs Tourismus der KMK in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und den Kultureinrichtungen ein Konzept zur Schaffung eines speziellen Angebotes für Gäste aus den Partnerstädten ausgearbeitet werden. Für eine erfolgreiche Umsetzung müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

1. Ein einfaches Handling für den Gast muss gewährleistet sein (Buchbarkeit, zentrale Informationsstelle, Erreichbarkeit, keine Bürokratie). Die Tourist-Information Karlsruhe wäre dabei die ideale Ausgabestelle, z. B. eines so genannten "Museums- bzw. Städtepartnerschaftspasses".
2. Die potentiellen Gäste in den Partnerstädten müssen ausreichend über das Produkt informiert werden. Dies erfordert eine breitflächige Bekanntmachung bzw. eine touristische Bewerbung, deren Kosten ermittelt werden müssen.
3. Die bisher eingestellten Mittel für Städtepartnerschaften reichen hierfür nicht aus. Zusätzliche Mittel müssten im kommenden Doppelhaushalt bereitgestellt werden.

Das Konzept wird den zuständigen Gremien zu gegebener Zeit zur Entscheidung vorgelegt.